

ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

AKTIONSKONFERENZ am 5. Februar 2011 in Düsseldorf

Das europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung – ein Fazit



**Offener Brief an
EU-Parlament,
Deutschen Bundestag,
Landtag NRW,
Rat der Stadt Düsseldorf**

Düsseldorf, 05. Februar 2011

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die heutige Aktionskonferenz in Düsseldorf zum **Thema Armut und soziale Ausgrenzung** hat das vergangene EU-Jahr noch einmal Revue passieren lassen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer stellten fest, dass die Arbeit an diesem Thema kaum angefangen hat und das meiste noch getan werden muss.

Damit Sie - als unsere Vertreterinnen und Vertreter in den z.T. fernen Parlamenten - wissen, mit welchen brennenden Problemen wir uns auseinander zu setzen haben, wurden sieben der uns wichtigsten Knackpunkte für eine Verbesserung der Situation der Armen und sozial Ausgegrenzten zusammengetragen:

1. Ohne Armut und soziale Ausgrenzung zu leben, ist ein Menschenrecht. Wir fordern Sie deshalb auf, dieses Recht und das Ziel seiner vollständigen Verwirklichung für die Menschen im EU-Wirtschaftsraum bei all Ihren Entscheidungen zwingend zu berücksichtigen.
2. Mit diesem Ziel muss die Harmonisierung der Lebensbedingungen in allen europäischen Mitgliedsstaaten, die Angleichung der Sozialsysteme, der Steuern, des Rechts und der Arbeitsbedingungen auf dem Niveau der besten Sozialstandards den obersten Platz auf der Agenda einnehmen.
3. Unser Wirtschaften soll dem Wohl aller Menschen dienen und nicht der Erhöhung des Shareholder Value. Deshalb sagen wir auch: „Schluss mit der Privatisierung, dem Verschachern von Gemeineigentum!“ Privatisierung ist ein Verlustmodell für die Bürgerinnen und Bürger. Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Der vorhandene Reichtum ist in einer solidarisch organisierten Wirtschaft so zu verteilen, dass **alle** EU-Bürgerinnen und Bürger ein menschenwürdiges Leben führen können.

4. Voraussetzung hierfür ist ein EU-weites umfassendes Mitbestimmungsrecht in allen Betrieben und Verwaltungen. Familienfreundliche Arbeitszeiten, humane Lebensarbeitszeiten, ein Mindestlohn, der nicht aus öffentlichen Töpfen „aufgestockt“ werden muss, gehören zu einem menschenwürdigen Leben. Im Interesse der Menschenwürde sollten die Parlamentarier auch allen prekären Arbeitsverhältnissen und insbesondere der ausufernden Leiharbeit den Kampf ansagen. Erwerbslosigkeit ist zu bekämpfen und die vorhandene Arbeit mit Rücksicht auf die arbeitenden Menschen sinnvoll so zu verteilen und zu entlohnen, dass sie von ihrem Einkommen gut leben können. Die europäischen Staaten müssen das Recht der Arbeitenden wie der Erwerbslosen auf ein soziokulturelles Existenzminimum garantieren. Niemand darf gegen seinen Willen in nicht existenzsichernde Arbeit und Fördermaßnahmen gezwungen werden.
5. Altersarmut, von der zur Zeit viele Frauen betroffen sind, halten wir für eine besonders eklatante Verletzung der Menschenrechte. Es ist die Aufgabe der Solidargemeinschaft, die Voraussetzungen zu schaffen für Geschlechtergerechtigkeit im Berufsleben und ein menschenwürdiges Dasein nach einem arbeitsreichen Leben in Familie oder Beruf. Für das Alter und bei Krankheit ist eine solidarische Versicherung gefordert, in die **alle** - entsprechend der Höhe ihrer Einkünfte - einzahlen.
6. Wir halten es für einen Skandal, dass Kinder und Jugendliche in der EU ganz besonders von Armut betroffen oder bedroht sind (2,5 Mio. arme Kinder allein in Deutschland!). Sie sind unser höchstes Gut und müssen jede Unterstützung in ihrer Betreuung, Schulbildung, Aus- und Weiterbildung bekommen.
7. Mit über einer Milliarde Menschen ist die Zahl der weltweit Hungernden so hoch wie noch nie in der Geschichte der Menschheit. Als einer der stärksten Wirtschaftsräume der Welt hat die EU die Verpflichtung, ihren Teil dazu beizutragen, diesen Skandal zu bekämpfen.

Wir wollen mit diesem Brief Ihre Entscheidungen beeinflussen und erreichen, dass Sie diese so treffen, dass sie uns dem Ziel eines Lebens ohne Armut und soziale Ausgrenzung tatsächlich ein Stück näher bringen.

Die Humanität eines Gemeinwesens ist nicht an seinen erzielten Gewinnen, wohl aber am Umgang mit seinen Menschen abzulesen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer
der Aktionskonferenz Armut und soziale Ausgrenzung in Düsseldorf.